

Rote Karte für die Sozialpolitik

Eine Umfrage belegt den hohen Vertrauensverlust und Handlungsbedarf in der GKV - die PKV verbucht dagegen durchweg positive Imagewerte

Ein Verdacht, der sich gegenüber der von Richtungstreit und Reformstau geprägten Politik dieser Tage aufdrängte, wird jetzt von einer groß angelegten Studie mit Fakten belegt: Das Vertrauen der Deutschen in den Staat hat einen dramatischen Tiefpunkt erreicht. Die Bürger zeigen den Parteien und der Sozialpolitik die rote Karte.

Das sind wesentliche Ergebnisse von „Perspektive-Deutschland“, einer Bürgerbefragung im Auftrag der Unternehmensberatung McKinsey, dem Nachrichtenmagazin Stern, T-Online und dem ZDF. Den Initiatoren gelang - in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsnobelpreisträger Daniel Mc-Fadden - die Entwicklung eines einzigartigen Untersuchungsdesigns im Internet, das neben repräsentativen Ergebnissen auch einen hohen Detailgrad erreicht.

Bewertungen der 22 wichtigsten Institutionen

Unter der Schirmherrschaft von Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker wurden Bewertungen zu den 22 bedeutendsten Institutionen Deutschlands abgefragt - von den Parteien über die Sozialversicherungszweige bis hin zu Kirchen, Gewerkschaften und dem ADAC. An der weltweit größten gesellschaftspolitischen Umfrage beteiligten sich bundesweit knapp 360.000 Bürger. Die Teilnehmerzahl war damit mehr als doppelt so hoch, wie noch vor einem Jahr bei der ersten Erhebung von „Perspektive-Deutschland“. Die Teilnehmer sollten einschätzen, wie sehr sie den einzelnen Einrichtungen vertrauen, wie gut diese ihre Aufgaben erfüllen und wo Verbesserungsbedarf gesehen wird.

Das Fazit ist eindeutig: die Mehrheit der Menschen ist mit vielen Institutionen unzufrieden. Eklatant ist der Schwund des Vertrauens in die Parteien. Ihr Ansehen ist inzwischen auf einem kaum zu übertreffenden Tiefstand angelangt.

So vertrauen noch ganze drei Prozent der Bürger den Parteien. Dagegen ist

eine dauerhafte Wählerbindung passe, Wechselwähler und Enthaltungen bei den Wahlen bestimmen das Bild. Dass Parteien kritisch gesehen werden und mit einer Portion Skepsis in der Bevölkerung zu kämpfen haben, ist nicht neu: schon immer war das Ansehen von Politikern nicht das Beste. Neu ist jedoch ein derart massiver Vertrauensverlust und die hierfür verantwortlichen Ursachen.

Umfassende Reformen gefordert

Bis vor kurzem richtete sich der Widerstand noch gegen Versuche der Politik, Besitzstände und gewohnte Privilegien in Frage zu stellen. Heute ist die Bevölkerung jedoch unzufrieden mit der Politik, weil sie eben dies nicht tut. Zumindest nicht in dem Maße, wie es die Mehrheit im Land - gemessen an den aktuellen Problemen - für notwendig erachtet. Im Gegenteil: die politischen Kräfte werden heute als Bremser eines durchgreifenden Paradigmenwechsels gesehen.

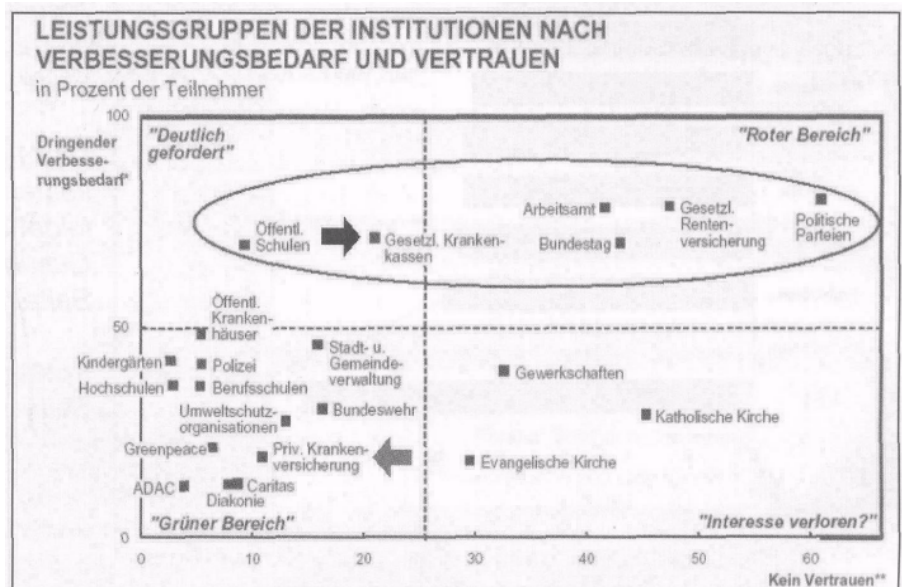
Überträgt man die Ergebnisse der 22

Bürgersicht gesetzt werden sollen.

Dabei werden sechs besonders krisengeschüttelte Einrichtungen identifiziert: mindestens 70 Prozent der Bevölkerung erkennen hier jeweils dringenden Handlungsbedarf (eingekreiste Institutionen). Hierzu zählen auch die gesetzlichen Krankenkassen, die in das „deutlich geforderte“ Segment eingeordnet werden. Im Bereich der sozialen Sicherung trifft es die Rentenversicherung am härtesten, die tief im „roten Bereich“ gesehen wird und einen noch höheren Vertrauensverlust als die GKV zu beklagen hat.

Studie bescheinigt der PKV ein „überlegenes Preis-Leistungs-Verhältnis“

Am anderen Ende der Skala, dem „grünen Bereich“, wird neben grundsätzlich vertrauensweckenden Einrichtungen wie dem ADAC, der Diakonie und Caritas auch die Private Krankenversicherung eingestuft. Ihr wird von der Bevölkerung ein hohes Vertrauen



Institutionen in den beiden Dimensionen Dringlichkeit des Verbesserungsbedarfs und Vertrauen in eine Matrix (vgl. Abbildung), so erhält man Aufschlüsse darüber, wie die Prioritäten kommender Reformprogramme aus

bei gleichzeitig geringem Verbesserungsbedarf bescheinigt. So sehen PKV-Mitglieder nur zu 24 % einen dringenden Verbesserungsbedarf, bei den gesetzlichen Krankenkassen sind es dagegen ganze 71 % (vgl. Abbildung). Im direkten Vergleich von PKV und

GKV halten 43% der Bevölkerung das Preis-Leistungs-Verhältnis der privaten Krankenversicherungen für besser als das der gesetzlichen; nur 15% sind gegenteiliger Meinung. Und selbst 42% der Eltern mit Kindern im Haushalt, die eine besonders hohe Belastung in der privaten Versicherung hätten, sehen die Privaten im Vorteil beim Preis-Leistungs-Verhältnis, nur 16 % die Gesetzlichen.

Mit dem Service und der PKV-Kompetenz zufrieden

Auch in der Gesamtbetrachtung sind die PKV-Mitglieder von den Leistungen ihrer Versicherungen überzeugt. 56% bescheinigen eine gute Aufgabenerfüllung.

Vor allem die Serviceorientierung bewerten 58% der Mitglieder als gut, und 62% der Versicherten halten ihre Versicherung für kompetent.

Fazit

Als eine der wichtigsten Schlussfolgerungen der Studie bezeichnete der Sprecher des Initiatorenkreises, Dr. Heino Faßbender von McKinsey, dass die Bevölkerung bereit sei, mutige Reformen mitzutragen. Die Bürger sind damit nicht - wie vielfach zu hören - Teil des Reformproblems, sondern Teil seiner Lösung.

Weiterführende Informationen können auf den Internetseiten der Aktion unter der Adresse www.perspektive-deutschland.de abgerufen werden. Eine Fortsetzung der Studie ist geplant.

Sozialbeiträge steigen weiter

- Krankenkassen fehlen Milliarden
- Rentenbeiträge bald knapp unter 20 Prozent

Trotz aller Reformbemühungen der Regierung müssen die Bundesbürger wahrscheinlich bald noch mehr in die Sozialversicherungen einzahlen.

Sowohl in der Kranken- als auch in der Rentenversicherung droht ein weiterer Beitragsanstieg. Die Summe der Sozialabgaben könnte damit um einen weiteren Prozentpunkt auf einen Rekordstand von knapp 43 % der Bruttolöhne steigen.

Bei der Rente muss der Beitragssatz zum 01. Januar 2004 auf 19,8 % steigen, falls die Konjunktur sich nicht bessert. Ein Konjunkturaufschwung ist derzeit jedoch nicht in Sicht! Der Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Franz Thönnies, bestätigte eine entsprechende Prognose des Schätzerkreises der Rentenversicherer. Allerdings sei dies nur eine „**Momentaufnahme**“. Die Regierung erwarte, dass die Arbeitsmarktreformen bald wirken, die Reformagenda 2010 als Impuls diene und sich die Wirtschaft erhole. Vor der Prognose des Schätzerkreises, nach dem dritten Quartal im Oktober diesen Jahres, sei jede Aussage reine Spekulation.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) und die

bayerische Sozialministerin Christa Stewens (CSU) übten Kritik, es sei unverantwortlich, die Erwartung einer Konjunkturerholung vorzugaukeln. Der FDP-Sozialpolitiker, Heinrich Kolb, sagte: „...der Rentenbeitrag könne 2004 über der 20 %-Marke liegen...“.

Die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen bestätigten offiziell, dass derzeit fünf bis sechs Milliarden Euro fehlen. Dieser Betrag wäre zum Abbau von Defiziten, zur finanziellen Konsolidierung und zum Ausgleich der für 2003 zu erwartenden Belastungen nötig. Darin enthalten sind bereits zwei bis drei Milliarden Euro zum Auffüllen der gesetzlich vorgeschriebenen Rücklagen.

Bereits aus diesem Finanzierungsbedarf ergibt sich rechnerisch ein Anstieg des durchschnittlichen Beitragssatzes der gesetzlichen Krankenkassen von derzeit 14,3 % auf bis zu 14,9%. Ob die Kassen ihr Beitragsdefizit mit Beitragserhöhungen ausgleichen müssen, ist jedoch derzeit noch unklar, so die Aussage eines Sprechers des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen.

Sozialministerin Ulla Schmidt will mit ihrer Gesundheitsreform den Kassensatz

ab 2004 auf unter 13 % senken - bezüglich der Rentenversicherung hatte sie im November letzten Jahres weitere Beitragserhöhungen für die nächsten vier Jahre ausgeschlossen.

Tatsache ist jedoch:

Seit Jahresanfang haben 17 gesetzliche Krankenkassen ihre Beitragssätze um meist 0,7 %-Punkte erhöht oder aktuell eine Anhebung angekündigt. Das geht aus dem Branchendienst für das Gesundheitswesen (dfg) hervor. Ähnliches berichteten auch einige Zeitungen. Die 15 %-Marke überschritten in diesem Jahr z.B. die Innungskrankenkasse (IKK) Bayern (14,9 auf 15,7 %) sowie die BKK Braunschweig (14,4 auf 15,2 %). Die neuen Sätze gelten seit dem 01. Mai 2003. Zum Jahreswechsel hatten noch kurzfristig einige Krankenkassen ihre Beitragssätze auf über 15 % erhöht.

Mit weiteren teils massiven Beitragserhöhungen ist, gemäß Experten des Branchendienstes zufolge, ab Mitte August zu rechnen, wenn die Einnahmen- und Ausgabenberechnungen für das 1. Halbjahr 2003 vorliegen. Alle Krankenkassen hätten auch in diesem Jahr wieder steigende Ausgaben zu verzeichnen und aufgrund der Rekordarbeitslosigkeit erhebliche Schwierigkeiten auf der Einnahmenseite.